

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: G. v. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 200.— M., durch die Post bezogen monatlich 200.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 240.— M., Einzelnummer 8.— M., Sonntagsnummer 10.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 26281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 26281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8spaltige Nonpareilzeile 25.— M., die 8spaltige Reliancezeile 60.— M., Ausland 100 und 200 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an bestimmten Tagen. Für Briefniederlage 8 M.

Nr. 246

Dresden, Freitag den 20. Oktober 1922

33. Jahrg.

Rücktritt Lloyd Georges

London, 19. Oktober. Die Regierung ist zurückgetreten. Der König hat das Rücktrittsgesuch Lloyd Georges angenommen.

Die seit Monaten schwelende inner- und außenpolitische Krise Englands ist durch den Rücktritt des englischen Premierministers in ein akutes Stadium getreten. In den letzten Wochen wurde der Ansturm der Gegner Lloyd Georges immer heftiger: von rechts die Diehards, der rechte Flügel der Konservativen, die von der Koalitionspolitik mit den Liberalen nichts mehr wissen wollen und höchstens für eine Fortsetzung der Koalition unter einem konservativen Ministerpräsidenten zu haben wären. Von links die unabhängigen Liberalen um Asquith und vor allem die Arbeiterpartei, die am energischsten den Rücktritt Lloyd Georges und das Ausschreiben von Neuwahlen verlangte, was allerdings kein Wunder ist, da sie bestimmt mit einem gewaltigen Stimmen- und Mandatzuwachs rechnen kann.

Trotz diesen Angriffen war es bis zum letzten Augenblick ungewiß, ob Lloyd George gehen oder bleiben würde, ob die Koalition zwischen Liberalen und Konservativen auch diese Belastungsprobe überleben oder auseinanderfallen würde. Die Entscheidung fiel gestern in der von den Konservativen einberufenen Konferenz, die zwar den Willen aussprach, mit den Koalitionliberalen zusammenzuwirken, aber gleichzeitig — und das ist das Entscheidende — mit 186 gegen 87 Stimmen beschloß, bei den Neuwahlen als unabhängige konservative Partei mit eignen Führern und eigenem Programm vorzugehen. Der Versuch Chamberlains und auch Balfours Scheiterte, die konservativen Führer zu einer Fortsetzung der Koalition zu gewinnen.

Lloyd George hat auf diese Entscheidung mit seinem Rücktritt geantwortet, der allgemein als der Todesstoß für die Koalition angesehen wird. Der alte Praktiker hat nicht erst abgewartet, auf welchen Standpunkt sich der Parteitag der Konservativen im November stellen wird, sondern er sah im Angriff die beste Verteidigung. Und es ist sicher, daß sein Rücktritt, der die baldige Auflösung des Parlaments nach sich ziehen dürfte, den Konservativen sehr unangenehm kommt.

Was Lloyd George von rechts und links vorgeworfen wird, ist der angebliche Missetat seiner Politik: sowohl in der Reparationsfrage, in der Politik gegen Deutschland, gegen Rußland, wie auch — was den Ausschlag gab — in seiner Orientpolitik, die das Land beinahe in einen neuen Krieg gestürzt hätte. Ob ein anderer an seiner Stelle eine andere und vor allem eine bessere Politik hätte machen können, muß allerdings sehr bezweifelt werden. Gerade in der Orientpolitik und in dem Bestreben, die Türkei aufzuteilen — der schwerste Vorwurf, der ihm gemacht wird —, war er durch Beschlüsse und Abmachungen seiner Vorgänger gebunden. Und in den europäischen Fragen war er vor die faule zu lösende Aufgabe gestellt, die französische imperialistische Politik zu zügeln, ohne es dabei zu einem Bruch mit Frankreich kommen zu lassen.

Erfordert wurden ihm diese Aufgaben durch die Zusammensetzung des Parlaments, auf das er sich stützen mußte:

von 707 Abgeordneten (eigentlich nur 634, da die 73 irischen Sinnfeiner dem Parlament fernblieben), haben die Koalitionskonservativen allein 223. Das heißt, sie sind stärker als die gesamte Opposition, die außer den Sinnfeinern nur 170 Abgeordnete zählt (davon 48 unabhängige Konservative, 34 unabhängige Liberale, 69 Arbeiterpartei). Ja, wenn man die Sinnfeiner ausschaltet, haben die Koalitionskonservativen sogar die absolute Mehrheit.

Nicht minder schwer machten es ihm die Gegner der Koalition, die der Regierung gerade in den Fragen der äußeren Politik ständig in den Rücken fielen und seine Fortgedrungen gegen Frankreich geräderte Politik nur zu oft durchkreuzten. Besonders den Liberalen kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie dabei den alten englischen Grundsatz durchbrochen haben, das Parteiinteresse hinter die Interessen des Landes, hinter die Fragen der äußeren Politik zurückzustellen (Right or wrong my country — Recht oder Unrecht, mein Vaterland) und durch ihr Verhalten Lloyd George behinderten, trotz den Phasi-Wahlen eine zielklare liberale Politik zu treiben.

Ueber die Aussichten des kommenden Wahlkampfes (auch wenn das Parlament nicht aufgelöst wird, finden nächstes Jahr Neuwahlen statt) läßt sich wenig voraussagen. Viel hängt dabei von Lloyd George selbst ab: Wird er eine neue Partei gründen, indem er den rechten Flügel der Liberalen und den linken Flügel der Konservativen aufzunehmende? Die Rede des konservativen Chamberlain in Birmingham, die Koalition „in der einen oder anderen Form“ weiterbestehen zu lassen, kann sehr wohl dahin gedeutet werden.

Indem ist der Wahlausfall in England fürchter als in andern Ländern von wenigen Stimmen und damit von Zufällen abhängig, da England weder ein Verhältniswahlrecht noch Stichtwahlen kennt. Das Wahlrecht ist vielmehr auf das frühere Zweiparteiensystem zugeschnitten, das heißt, wer im ersten Wahlgang die relativ meisten Stimmen aufbringt, ist gewählt.

Es läßt sich daher auch nicht voraussetzen, ob die Arbeiterpartei genügend erlernt wird, um die Regierung zu übernehmen. Aber selbst wenn das nicht der Fall ist, dürfte der Zutritt groß genug sein, um die englische Politik entscheidend zu beeinflussen, und sie in eine Bahn zu lenken, auf der Europa und die Welt endlich den langersehnten Frieden erblicken, auf der die brennenden Finanz-, Wirtschafts- und Reparationsprobleme endlich im Sinne der Vernunft und im Interesse der arbeitenden Bevölkerung aller Länder gelöst werden können.

Bonar Law

Wie Reuters aus London meldet, hat Bonar Law den Auftrag, ein Kabinett zu bilden, angenommen.

Konservativer Wahlerfolg

Bei der Erstwahl in Newport-Monmouth erhielten der Kandidat der Konservativen, Richards, 13 515, der Arbeiterkandidat 11 425 und der Liberale 8841 Stimmen.

Breußenhaus und Berliner Krawalle

Berlin, 19. Oktober.

Der Preussische Landtag hatte am Donnerstag einen großen Tag. Was es doch, Zielung zu nehmen zu dem Berliner Strohfeuerwerk beim Zirkus Busch. Die Tribünen waren überfüllt. Alles erwartete dramatische Szenen.

Als unter Genosse Rabold dann als erster Redner die Tribüne betritt, heulen und johlen die Kommunisten. Es war ihnen etwas unbedeutend zu Mut. Zunächst aber haben sie immer Genosse die Rechtsabgeordneten vor. Der famose Bund für Freiheit und Ordnung zählt zu seinen Führern den berühmtesten deutschnationalen Abgeordneten Laverrens. Es ist das derselbe Laverrens, der sich schon wiederholt als Spezialist im Versammlungsdrängen gezeigt hat. Er steht dem deutschbolschistischen Flügel und all den nationalistischen Randorganisationen nahe.

Man kann sich also nach diesem Führer ein Bild von dem Bund für Freiheit und Ordnung machen. Er ist nichts anderes als ein Sammelbecken all der Elemente, deren Randorganisationen im Laufe des letzten Vierteljahres aufgelöst wurden.

Genosse Rabold verlangte deshalb, daß auch dieser Bund von der Bildfläche verschwinde. Den Kommunisten gab unser Genosse zu verstehen, daß sie nicht viel besser seien als die Nationalisten, wenn es sich um die Wahrung der politischen Freiheit handelte. Auch die Kommunisten über die Versammlungspredigt als Sport. — Zum Verloger der Polizei bei den Vorgängen am Sonntag bemerkte Genosse Rabold, daß infolge der reaktionären Treibereien der Polizeiapparat nicht so klappbe, wie er klappen mußte. Eine Säuberung der Polizei sei dringend notwendig. Im allgemeinen würden die Berliner Vorgänge von der Reaktion maßlos übertrieben. Die Deutschnationalen wollen mit diesen Übertreibungen das Bürgerium einschüchtern und für ihre Zwecke einspannen. Noch unserm Genossen kam der Sprecher der Deutschnationalen, der Abg. Rippel, zum Wort. Nach langen

Misverständnissen mit kommunistischen Zeitgenossen ging er daran, alle Schuld dem Berliner Polizeipräsidenten aufzubürden. Herr Rippel verlangte, daß die gesamten Institutionen der Polizei für den Schand der Zirkus-Busch-Berkommunikung befristet werden. Gegenüber unserm Genossen Rabold, der gegen kommunistische Versammlungspredigten die Selbsttätigkeit der Sozialdemokratie angeklagt hatte, verlangte der deutschnationaler Redner das Recht auf die gleiche Selbsttätigkeit. Als ob die reaktionären Versammlungsprediger des Herrn Laverrens diese väterliche Fürsorge des Herrn Rippel nötig hätten.

Nach einer matten Rede des Abg. v. Ehern (D. V.) wurde dann der Kommunist Gesche auf das Haus losgeschossen. Er hatte wohl noch nie ein so gut besetztes Haus vor sich. Alles wartete auf die Rede des Innenministers. Man nahm also die kommunistische Schimmi- und Drohkonnote mit in Kauf. Es hagelte Ordnungsrufe. Gesche ließ sich nicht irren machen. Er wollte seinen Freunden oben auf der Tribüne zeigen, was er kann. Diese waren denn auch am Schluß der Rede Gesches, als das Haus sich zur weiteren Besprechung der großen Anfragen auf Freitag 12 Uhr vertagte, noch so hingerissen und entschlossen durch die kommunistischen Livaden, daß sie von der Tribüne zur Rechten hinter die Tribüne: „Ihr Lumpengesindel, ihr Mörder, ihr Funder!“ Die kommunistischen Abgeordneten dankten ihren Freunden mit einem „Bravo!“

Ob sie auch morgen, nach der Rede Seberings, noch „Bravo!“ rufen werden?

Knüppel-Runde verhaftet

Oppels, 19. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Nachricht, daß der deutschbolschistische Knüppel-Runde bei der Brüggelei in seiner Versammlung ein Auge verloren hat, bestätigte sich nicht. Wegen der Erziehung des Arbeiters wurde Runde in Haft genommen. Er wird dem zuständigen Richter vorgeführt werden.

Die sächsische Regierung voran

In der Sächsischen Staatszeitung beschäftigt sich der sächsische Wirtschaftsminister Genosse Jellisch mit der Denkschrift der bayerischen Regierung über die Teuerung. Wir entnehmen das folgende den Ausführungen Jellischs.

Die völlig freiwaltdende private Wirtschaft hat mit den grauenvollen Entartungen, die sich, besonders in den letzten zwei Jahren, herausgebildet haben, nun begonnen, selbst die eifrigsten Verfechter völlig steiler kapitalistischer Produktionsweise in Schrecken zu versetzen. Vor wenigen Tagen ging eine ganz verächtliche Preisermäßigung aus dem Tag um, die inhaltlich etwa folgendes besagte:

Ein führender deutscher Freistaat habe der Reichsregierung eine Denkschrift mit einer Anzahl klar präzifizierter Forderungen unterbreitet, die eine totale Umstellung der deutschen Wirtschaft bedeuten würde. Einige andre deutsche Freistaaten hätten sich dem Verlangen angeschlossen. Bei der Reichsregierung hätten diese Vorlagen ernstliche Beachtung gefunden.

Durch einige „aufstrebende“ Kräfte, die in einem Teile der bayerischen Presse erschienen, ersuchte man dann wenigstens so viel, daß tatsächlich die bayerische Regierung eine vertrauliche Denkschrift über die Forderungen an die Reichsregierung gesandt habe. Man gewinnt den Eindruck, als stelle ein Teil der Presse sich die Aufgabe, mit dieser bayerischen Denkschrift absichtlich viel Aufhebens zu machen. Die Forderungen, die heute, im Interesse der Gesamtheit des Volkes, in wirtschaftlicher Hinsicht an das Reich zu stellen sind, sind wirklich keine Uebertreibungen und können in aller Öffentlichkeit behandelt werden. Wenn Bayern tatsächlich mit einer Teuerungsdenktschrift an das Reich herangetreten ist, so hinter es wesentlich hinter Sachsen her, denn die sächsische Regierung hat bereits im Juni d. J., in einer ausführenden Denkschrift, auf damals drohende Gefahren hingewiesen, die nun zur Tatsache geworden sind. Die sächsische Teuerungsdenktschrift hat ja selber in Berlin kein Echo gefunden, denn sonst hätte schon längst etwas geschrien müssen. Die Denkschrift wurde in Sachsen damals sehr gut beurteilt, mit Ausnahme der Kreise, deren egoistischem Profitstreben sie ein Ende bereiten sollte. So hat z. B. der Verband der sächsischen Regierungsbeamten des Sekretariatsdienstes auf seinem Verbandstage, am 2. und 3. September 1922, einstimmig eine Entschlieung angenommen, durch die die sächsische Regierung ersucht wird, im Sinne der in der Denkschrift erhobenen Forderungen weiter tätig zu sein.

Die sächsische Regierung hat nunmehr an das Reich die Frage gerichtet, was es mit den Nachfragen über die bayerische Denkschrift eigentlich auf sich habe. Es ist wohl ein durchaus berechtigtes Verlangen der Regierung eines deutschen Freistaates, wenn sie für sich in Anspruch nimmt, vom Reich über solche Dinge unterrichtet und vor Erlaß von irgendwelchen Beschlüssen eingehend wirtschafts-politischen Berordnungen gehört zu werden, denn es ist ein unerträgliches Zustand, wenn die Wirtschaftsministerien der einzelnen Länder, die eine ungeheuer große Verantwortung für ein reguläres Wirtschaft- und Geschäftleben zu tragen haben, genau so wie jeder Privatmann erst aus der Zeitung erfahren, was in Berlin beschlossen worden ist, wie das z. B. bei der letzten Weizen-Berordnung der Fall war, über deren Zweckmäßigkeit, bei der ihr anhaftenden Unvollkommenheit, man mit Arg und Recht sehr streiten kann. Interessant ist, daß jetzt auch Kreise, die nicht genug für die freie Wirtschaft schwärmen konnten und in tausend Zeitungsartikeln, sowie durch wüste Reden ihrer Vertreter im Parlament jeden mühen bekämpften, der ein Wort für die Zwangswirtschaft einlegte, so plötzlich als Gegner der freien Wirtschaft sich bekennen oder vielmehr bekennen müssen. Selbst die Leipziger Neuesten Nachrichten geben jetzt zu, daß die völlig freie Wirtschaft nicht mehr haltbar sei, weil, an Stelle der bezwungenen Kriegsblockade, für Deutschland jetzt die Zollarbitrarie eingetreten habe. Das Blatt schreibt:

„Die große Masse des deutschen Volkes, Arbeiterschaft und Mittelstand, hat heute keine internationale Kaufkraft mehr, weder für Lebensmittel noch für das Rohmaterial der Volkswirtschaft.“

... In diesem Augenblick, wo der dringlichste Bedarf aus dem verfügbaren Bestand nicht mehr hinreichend versorgt werden kann, ist die freie Wirtschaft, die nur nach ökonomischen Gesichtspunkten, ohne Rücksicht auf die besondere Artung des jeweiligen Bedarfs, verfährt, nicht mehr das geeignete Mittel zum Ausgleich von Nachfrage und Angebot. Die unbedingte Marktfreiheit noch weiter wahren zu lassen, das würde nach der strengen Logik der ökonomischen Gesetze einen immer schärferen Wettbewerb des Käufers um die Ware bedeuten, mit dem Endeffekt, daß die Preise eine sehr fürchterliche Höhe erreichen würden, daß die Kaufkraft der Unbemittelten ganz ausgeschaltet wird. ...

... Die Oeffentlichkeit darf nicht, mit den Händen im Schoß, untätig zusehen, wie das Herrbild der „freien Wirtschaft“ — denn die wirkliche freie Wirtschaft hat mit der Abhängigkeit vom Weltmarkt tatsächlich aufgehört — das Volk verarmen und verkommen läßt und die in den letzten Jahren mühsam geschaffte innere Ordnung wieder in ein entsetzliches Chaos wandelt. ...

... Das Eingreifen der Staatsgewalt ist um so schneller notwendig, als leider das Vertrauen auf die Einsicht der Produzenten enttäuscht worden ist. ...

Das sind Bekenntnisse der Leipziger Neuesten Nachrichten, eines völlig im kapitalistischen Rohwasser seigenden Blattes. Diese Eingeständnisse sind interessant genug, um vor der Oeffentlichkeit festgehalten und festgehalten zu werden, denn sie beweisen letzten Endes den völligen Bankrott der bisher von allen bürgerlichen Parteien betriebenen ökonomischen Wirtschaftspolitik, und sie beschäftigen mit um so stärkerer Beweiskraft die Nichtigkeit der Tendenz, die, in wirtschafts-politischer Hinsicht, von